

Pressemitteilung

Landesfrauenrat Hamburg e.V.
Hamburg, 23.03.2021
Nr. 5

Landesfrauenrat Hamburg e.V.
Grindelallee 43 (Sauerberghof)
20146 Hamburg
T: 040 4226070
F: 040 4226080
info@landesfrauenrat-hamburg.de
www.landesfrauenrat-hamburg.de

Ni una menos: Frauenrechte sind unverhandelbar – Solidarität mit den türkischen Frauen!

Der Landesfrauenrat Hamburg verurteilt den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention aufs Schärfste. Wie von Frauenorganisationen schon zu Beginn der Pandemie befürchtet, ist im letzten Jahr die Zahl der Gewalttaten gegen Frauen weltweit gestiegen. Die türkische Organisation „Wir werden Frauenmorde stoppen“ zählte im Jahr 2020 allein in der Türkei über 300 Femizide.

Gewalt gegen Frauen stellt kein isoliert zu betrachtendes Verbrechen dar, sondern ist Teil der strukturellen Diskriminierung von Frauen. Die Istanbul-Konvention ist ein internationales Abkommen zum Schutz von Frauen vor Gewalt. Mit der Unterzeichnung erkennen die Staaten Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung an und verpflichten sich dazu, offensiv gegen jegliche Form von Gewalt an Frauen vorzugehen.

„Der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention ist ein antifeministischer Dambruch – der leider wenig überrascht. Wir können aktuell an vielen Stellen in Europa beobachten, dass Frauenrechte wieder in Frage gestellt werden. Aber Frauenrechte sind nicht verhandelbar! In unseren Mitgliedverbänden sind auch viele Frauen aus der türkischen Community aktiv. Wir senden hier das klare Signal: Ihr seid nicht allein, wir stehen solidarisch an eurer Seite. Frauenrechte sind Menschenrechte – das gilt überall!“, bekräftigt Silke Martini aus dem Vorstand des Landesfrauenrats Hamburg.

Auch in Deutschland ist das Problem Gewalt gegen Frauen groß: Im Schnitt wird fast jeden dritten Tag eine Frau aufgrund ihres Geschlechts ermordet. Der Täter ist dabei in vielen Fällen der Partner oder Ex-Partner. Vielfach werden die Fälle jedoch nicht als Femizid – also Mord aufgrund des weiblichen Geschlechts des Opfers - erfasst. Dadurch fehlt eine belastbare statistische Grundlage. Der Landesfrauenrat Hamburg fordert deswegen schon lange, dass „Frauenfeindlichkeit“ als Tatmotiv erfasst wird.

Pressekontakt:

Landesfrauenrat Hamburg e.V.
Savannah Guttman
E-Mail: dialog@landesfrauenrat-hamburg.de